

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 244 vom 11.11.2012

Offener Brief an VBB-Gesellschafter

Jens Koeppen/ Rainer Genilke: Strafzahlungen gefährden Attraktivität des Regionalverkehrs

Mit einem offenen Brief an alle VBB-Gesellschafter appellieren Jens Koeppen, stellv. Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, und der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Rainer Genilke, auf die ab dem 9. Dezember 2012 geplante Strafgebühr für VBB-Kunden zu verzichten.

„Die neue Regelung gefährdet aus unserer Sicht die Attraktivität des Regionalverkehrs in unserer Region und belastet die Fahrgäste unverhältnismäßig. Wir appellieren an die Gesellschafter des VBB das kundenunfreundliche Vorgehen zu kippen.“, so Rainer Genilke

„Mit der geplanten Regelung werden Bahnfahrer aus den ländlichen Regionen zu Bittstellern. Wer einen Automat zukünftig nicht mehr bedienen kann und nicht die passende Geldnote in der Brieftasche hat, muss mit 40 Euro Strafzahlungen rechnen. Das ist schlicht kundenunfreundlich und inakzeptabel.“, so Jens Koeppen.

„Wer Schwarzfahrer raus fischen möchte, muss die Bahnbediensteten motivieren regelmäßig durch den Zug zu laufen, statt Frauen mit Kinderwagen, gehbehinderte oder ältere Personen zu verpflichten den Zugbegleiter durch alle, teilweise zweigeschossigen Wagons hinterherzulaufen.“ so Jens Koeppen und Rainer Genilke übereinstimmend.

Hintergrund

Ab dem 9. Dezember 2012 sollen sich Fahrgäste, die die Regionalbahn im VBB Tarifgebiet nutzen, vor Fahrtantritt einen Fahrschein organisieren. Ausnahmen sollen nur erlaubt sein, wenn am Einstiegsbahnhof kein Automat vorhanden oder dieser außer Betrieb ist. Fahrgäste ohne Fahrschein müssen sofort den Zugbegleiter im Zug aufsuchen. Im offenen Brief gehen die beiden Verkehrspolitiker auf Probleme ein, die aus dieser Neuregelung entstehen und machen mehrere kostenneutrale Vorschläge zur Verbesserung der derzeitigen Situation.